**Patienten brauchen echte Transparenz**

Sponsoring ist nie uneigennützig. Deshalb soll die Öffentlichkeit wissen, welcher Arzt und welches Spital von der Pharmaindustrie Geld erhält. In den USA müssen die Firmen diese Zahlungen per Gesetz offengelegen, in der Schweiz tut die Pharmabranche das freiwillig. Sie hat 2013 eine sogenannte «Offenlegungspflicht» beschlossen. Jetzt haben die mehr als 50 in der Schweiz tätigen Pharmaunternehmen zum zweiten Mal offengelegt, welchen Ärzten sie Kongressgebühren, Übernachtungsspesen und Beraterhonorare bezahlen oder welche Ärztenetzwerke und Spitäler sie finanziell unterstützen.

Die Thematik ist brisant. Denn genau solche Geldflüsse können das Verhalten der Ärzte beeinflussen, belegen mehrere wissenschaftliche Studien. So zeigt eine Auswertung des Verschreibungsverhalten von 279'000 amerikanischen Ärzten: Jene, die sich in irgendeiner Form von der Pharma einladen liessen, verschreiben deutlich häufiger teure Originalpräparate als günstige – in der Zusammensetzung identische – Generikamedikamente.

Deshalb sollen Patienten wissen, wenn ihr Arzt auf Kosten der Pharma internationale Kongresse besucht oder lukrative Beraterhonorare einstreicht. Allerdings herrscht trotz der veröffentlichten Zahlen statt Transparenz lediglich Pseudotransparenz. Von fast der Hälfte der gut 155 Pharma-Millionen weiss man nicht, wer konkret davon profitiert. Das Problem dabei: Die Regelung zur Offenlegung kann nicht funktionieren. Dies aus drei Gründen:

Erstens: Transparenz auf der Basis einer «freiwilligen Offenlegungspflicht» ist ein Widerspruch in sich. Eine freiwillige Pflicht ist keine Pflicht, sondern allenfalls ein moralischer Aufruf. Ehre dem, der sich genau daran hält oder freiwillig einen Schritt weitergeht. Aber zu viele Firmen folgen dem Pharma-Kooperations-Kodex nur halbherzig oder widerwillig. Das können sie, weil sie wenig zu befürchten haben. De facto bestehen keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten für jene Unternehmen, die den Auflagen des Branchenverbandes nicht vollständig nachkommen. Es braucht sie auch nicht, denn die Regelung ist ohnehin viel zu lasch.

Zweitens: Jedes Unternehmen veröffentlicht seine Angaben auf der eigenen Webseite, teils auf völlig unterschiedliche Weise. Nicht einmal die Dateiformate sind einheitlich. Das hat Auswirkungen. Interessierte können sich nur mit einem unverhältnismässig hohen Aufwand einen Überblick verschaffen. Sie müssten über 50 verschiedene Firmenwebseiten aufrufen, um zu erfahren, ob ein Arzt Geld angenommen hat. Das macht kein Mensch. Nur weil der Beobachter zusammen mit der Stiftung für Konsumentenschutz und dem deutschen Recherchebüro Correctiv in mühseliger Kleinstarbeit sämtliche Firmenangaben gesammelt, ausgewertet und in eine Datenbank übertragen hat, ist es jetzt für jedermann möglich, sich zu informieren.

Drittens: Die Selbstregulierung enthält zu viele Schlupflöcher. Bestes Beispiel: Mehrere tausend Ärzte nehmen das Geld der Pharmaindustrie zwar gerne an, stehen aber nicht mit ihrem Namen dazu. Taucht also ein Arzt nicht in den Listen der Pharmaunternehmen auf, heisst das nicht, dass er kein Geld annimmt. Vielleicht will er nur seinen Namen vor seinen Patienten geheim halten. Dass sich ein Arzt so leicht verstecken kann, ist dank einer besonderen Regelung möglich. Die Pharmabranche kreierte dazu speziell den Ausdruck «aggregierte Empfänger». Hinter dieser Worthülse verbergen sich all jene Ärzte und Spitäler, die nicht einverstanden sind, dass ihr Name mit einem Geldbetrag genannt wird. Veröffentlich werden die Gelder jeweils als Summe. Deshalb ist nicht einmal die exakte Zahl der Ärzte, Gesundheitsorganisationen und Spitäler bekannt, die anonym bleiben wollen.

Die in der Schweiz tätigen Pharmafirmen haben dieses System nicht selber erfunden, sie haben einfach die Regelung des europäischen Branchenverbandes übernommen. Auf diese Lösung verständigt, hatten sie sich nur, weil sonst früher oder später in Europa auf gesetzgeberischen Basis eine verbindliche Offenlegungspflicht eingeführt worden wäre.

Doch jetzt zeigt sich: Die selbst kreierte «freiwillige Pflicht» hat mehr mit PR als mit Transparenz zu tun. Den Nachweis, dass diese Selbstregulierung zu mehr Transparenz führt, hat die Pharmabranche bisher nicht erbracht. Sonst könnten sich nicht mehrere tausend Ärzte und eine unbekannte Anzahl Spitäler dank einer schwammigen Regelung in der Anonymität verstecken. Ändert sich dies innerhalb nützlicher Zeit nicht, wird die Schweiz nicht um eine gesetzliche Regelung herumkommen.